

25. APR.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/92 - 22. April 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0885890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Nicht beirren lassen</u> Das Nachrichtendurcheinander vor der Gipfelkonferenz	36
2	<u>Unappetitlich</u> Oberländer - und kein Ende	30
3 - 4	<u>Blick auf Heife</u> Zur diesjährigen Tagung des Generalrats der Sozialistischen Internationale Von Heinz Putzrath, Auslandsreferent beim Vorstand der SPD	90
5 - 6	<u>Österreichs Bauern immer fortschrittlicher</u> Sozialisten überwinden Gegensätze zwischen Stadt und Land Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Tranta	65
7	<u>Gewissensfreiheit - eine explosive Kraft</u> Ein UNO-Bericht zur "Erklärung der Menschenrechte" Von Bruno Küster, Genf	46

* * *
* *

Nicht beirren lassen!

Das Nachrichten-Durcheinander vor der
Gipfelkonferenz

sp - Wie vor jeder großen internationalen Konferenz werden auch diesmal vor dem Pariser Ost-West-Gipfeltreffen, das am 15. Mai beginnt, die Bürger aller Staaten mit einer Fülle von Voraussagen, Alarmschrichten und "Versuchsbällons" überschüttet. Es ist verständlich, wenn unter diesen Umständen hier und dort eine gewisse Nervosität bemerkbar wird, und wenn über die vermeintlichen Absichten der Verhandlungspartner Kombinationen angestellt werden, die bis zur Voraussetzung einer Katsstrophe gehen.

Die in den letzten Tagen aufgetretenen Widersprüche - auch im westlichen Lager - sind so mannigfaltig, daß sie wohl nur noch der Fachmann registrieren und bewerten kann. Dem normalen Erdensbürger gelingt dies nicht mehr.

Wer nervös wird, sollte daran denken, daß dies alles zur Technik bei der Vorbereitung internationaler Konferenzen gehört. Selbstverständlich versucht jede Seite, den Verhandlungspartner unsicher zu machen und, wenn möglich, in eine Defensivposition zu drängen. Jedes Mittel erscheint dazu recht; auch bewußt herausgegebene Falschmeldungen. Gelegentlich wird sogar von Staatsmännern, deren Übereinstimmung vorausgesetzt werden könnte, "Uneinigkeit" gespielt, auch das gehört zum Instrumentarium der Konferenzvorbereitung.

Sieht man aber in dem speziellen Fall Gipfelkonferenz von dem jetzt zutage getretenen Nachrichten-Durcheinander ab, so ergeben sich doch einige Anhaltspunkte für die Bewertung dessen, was möglicherweise kommen kann. Beide Seiten - also Ost und West - sind an einer kurzen Konferenzdauer interessiert. Beide Seiten wollen das Thema Abrüstung und Entspannung in den Mittelpunkt der Erörterungen stellen, und beide Seiten wollen die Gipfelkonferenz in Paris sowie die sich dort ergebenden Resultate mit den zur Zeit in Genf stattfindenden Konferenzen a) zum Stop der Atomwaffenversuche und b) zur allgemeinen Abrüstung synchronisieren.

In diese Thematik wird sich die Diskussion über die Berlin-Frage und das Deutschland-Problem einfügen. Und hierbei wird es von größter Bedeutung sein, ob die Bundesregierung bei ihren Fühlungen mit den westlichen Verhandlungspartnern Vorschläge zu entwickeln in der Lage war, die den Bestrebten nach Entspannung und Abrüstung entgegenkommen.

+ + +

Unappetitlich!

Oberländer - und kein Ende

sp - Nur dem ahnungslosen erschien die Meldung, Bundesvertriebenminister Oberländer wolle nicht zurücktreten, die Sensation. Schon Tage vorher munkelte man in Bonn, der ehemalige NS-Ostexperte werde kaum sang- und klanglos von der politischen Bühne verschwinden. Jetzt verlangt er einen "Parlamentarischen Untersuchungsausschuß".

Der ganze Vorgang ist unappetitlich. Erst hat Adenauer den Minister gehalten, dann nannte er selbst dessen politische Vergangenheit "tiefbraun". Die CDU-Bundestagesfraktion hatte, durch ein Schreiben Adenauers unterstutzt, der SPD-Fraktion den Rücktritt Oberländers als Minister zugesagt. Diese Zusage machte die CDU-Fraktion, nachdem ihr gegenüber Oberländer verbindlich versichert hatte, daß er sein Rücktrittsgesuch noch vor der zweiten Lesung des Vertriebenenhaushaltes einreichen werde. Jetzt stehen die CDU und der Bundeskanzler in der vollen Verantwortung für die "Affäre Oberländer". Sie können sich nicht davon befreien, indem sie sich auf einen Wortbruch Oberländers berufen.

Die SPD hatte bekanntlich ihren Antrag auf Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Ihre Vorsicht war also berechtigt.

Aber völlig unabhängig von dem weiteren "technischen" Ablauf der Angelegenheit besteht jetzt schon der Eindruck, daß Oberländer mächtige Freunde zu haben scheint, die sein Vorgehen nicht öffentlich mißbilligen. Bestürzend ist eine am Donnerstagabend von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) herausgegebene Meldung, wonach es heißt, der Kanzler werde von sich aus kaum beim Bundespräsidenten um eine Entlassung Oberländers nachsuchen.

Beachtet also, daß Adenauer den Bundesvertriebenenminister im Kabinett halten will? Den Spekulationen zum "Fall Oberländer" sind jetzt Tür und Tor geöffnet. Wir wiederholen: Der ganze Vorgang ist unappetitlich!

+ + +

22. April 1960

Blick auf Haifa

Zur diesjährigen Tagung des Generalrats der Sozialistischen Internationale

Von Heinz Patzrath,
Auslandsreferent beim Vorstand der SPD

Neben den zweijährigen Kongressen der Sozialistischen Internationale bilden die jährlichen Generalratssitzungen einen Höhepunkt der Arbeit der angeschlossenen sozialistischen Parteien. Jede Partei ist im Generalrat vertreten, wenn auch nicht alle mit Stimmrecht. Die Sitzungen finden nicht öffentlich statt.

Zum ersten Mal ausserhalb Europas

Zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialistischen Internationale und ihrer Vorgängerin, der sogenannten Zweiten Internationale, findet eine Sitzung dieses wichtigen Gremiums ausserhalb Europas statt. Nach der Neugründung der Internationale im Jahre 1951 waren sozialistische Parteien in Asien entstanden, die ebenso wie die europäischen Parteien ein Interesse daran hatten, mit allen gleichgesinnten Organisationen der Welt in einen engeren Kontakt zu kommen. Einige Parteien, wie die Japans, Israels, Indiens, Maltas, wurden Mitglied der Internationale, während andere sich mit einem losen Kontaktverhältnis begnügen. Besonders von diesen Ländern wurde immer wieder der Wunsch geäußert, sich nicht mehr wie früher fast ausschließlich mit europäischen Fragen zu beschäftigen, sondern auch mit den Problemen, die heute in den Riesengebieten Afrikas und Asiens der Lösung harren.

Die Ereignisse der letzten Jahre, und besonders die der letzten Wochen in Afrika, haben gezeigt, wie schnell und wie gründlich sich das Schwergewicht der Weltpolitik verlagert. So ist es ein guter Entschluß gewesen, diesmal nach Israel zu gehen, um dort in einem sozialistisch regierten Land neben den üblichen Erörterungen der internationalen Situation und der unvermeidlichen organisatorischen Fragen, vor allem Berichte entgegenzunehmen über die Aufgabe der Sozialdemokratie in Asien und Afrika.

In Lateinamerika gibt es bereits ein Verbindungsbüro der Sozialistischen Internationale, und eine Reihe von sozialistischen Parteien dieses Kontinents hatten im Februar eine Konferenz, bei der Morgan Phillips, der Generalsekretär der britischen Labour Party als Vertreter der Internationale anwesend war. In Asien gibt es sozialistische Parteien, die in der Asiatischen Sozialistischen Internationale zusammengefasst sind und die in Israel durch eigene Vertreter zu Wort kommen werden. Dabei wird die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung Asiens eine ebenso große Rolle spielen wie die Erhaltung und der Ausbau der Demokratie, wobei dieser Begriff freilich nicht schematisch mit unseren europäischen parlamentarischen Formen gleichgesetzt werden darf.

Fragenkomplex Entwicklungsländer

Ganz besonders aber ist zu begrüßen, daß die Internationale endlich auch dem Fragenkomplex Afrika ihre Aufmerksamkeit widmen wird. Ganz Afrika ist heute in Bewegung. Kein Sozialist kann unbeteiligt abwarten, in welcher Richtung sich Afrika entwickeln wird. Wichtige Entscheidungen fallen jetzt. Dort finden wir Überreste des alten

Kolonialismus in seinen verschiedensten Formen neben selbständigen Staaten, die ihre ersten tastenden Versuche machen, als Nationen respektiert zu werden. Die Sozialistische Internationale kann nicht warten, bis sich in Afrika Parteien bilden, die auch dem Namen nach sozialistisch sind. Dagegen gibt es heute schon starke nationale Bewegungen, die ihrer Zielsetzung und ihrem Inhalt nach durchaus sozialistisch sind, und mit denen Kontakt hergestellt werden muss. Über die Verbindung, die einzelne Parteien Europas und Asiens bereits aufgenommen haben, muss jetzt die ganze Internationale ihren Einfluss geltend machen.

Die Delegierten

Um diesen Fragenkomplex der Entwicklungsländer besonders zu durchleuchten, ist ein ständiger Unterausschuss gebildet worden, der am 23. und 24. April in Haifa tagen wird. Helmut Kalbitzer, MdB und Heinz Putzrath werden die SPD in diesem Ausschuss vertreten, dem noch Delegierte aus Grossbritannien, Schweden, den Niederlanden, Israel und Indien angehören.

Am 25. April wird der Frauenarbeitsausschuss unter Mitwirkung von Martha Schanzenbach, Mitglied des SPD-Präsidiums, tagen. Es folgt am 26. April die Sitzung des Büros, an der Erich Ollenhauer und sein ständiger Stellvertreter im Büro, Herbert Wehner, teilnehmen werden. Schliesslich beginnt am 27. April die dreitägige Sitzung des Generalrats. Ausser den bisher Genannten, werden noch der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen und Willi Birkelbach, MdB, anwesend sein.

Obwohl noch keine endgültige Delegiertenliste vorliegt, geht aus den ersten Verlautbarungen bereits hervor, daß die angeschlossenen Parteien der Internationale ihre führenden Persönlichkeiten nach Israel schicken werden, darunter die Vorsitzenden der belgischen, holländischen, britischen und schweizer Partei, sowie eine Reihe ehemaliger Minister und Abgeordneter aus vielen Ländern.

Hugh Gaitskell wird am ersten Tag ein Einführungreferat über die Weltlage vor der Gipfelkonferenz halten, während zwei asiatische Sprecher (aus Indien und Burma) Probleme Asiens behandeln werden. Der zweite Tag wird den asiatischen Fragen gewidmet sein und der dritte und letzte Tag wird sich hauptsächlich mit den vielfältigen Fragen Afrikas befassen.

Die israelische Regierung und die Sozialistische Partei (MAPAI) haben in großzügiger Weise die Konferenz vorbereitet und werden den Delegierten Gelegenheit geben, die vorbildliche Aufbauarbeit in Israel kennenzulernen. Mit dieser Sitzung in Haifa wird der weltweite Charakter der sozialistischen Bewegung erneut offenbar werden. Es ist zu hoffen, daß die Beratungen der Internationale zu politischen Schritten führen werden, um Demokratie und Sozialismus auch in Asien und Afrika zu verankern.

Österreichs Bauern immer fortschrittlicher

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

Die Zwangskollektivierung der Bauernschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands hat auch die österreichischen Bauern mit sorgenvoller Anteilnahme erfüllt. Die politische Reaktion auf die alarmierenden Vorgänge blieb nicht aus: Im Streben nach Freiheit und Sicherheit erwacht unter den österreichischen Bauern ein neues politisches Bewußtsein und führt sie, soweit es sich nicht gerade um Großbauern handelt, in die Reihen der Sozialistischen Partei. Wie die jüngsten Gemeinderats- beziehungsweise Landtagswahlen in Niederösterreich und im Burgenland zeigen, befinden sich die Sozialisten "im Dorf" auf einem unhaltbaren Vormarsch.

Die landläufige Vorstellung ging bisher dahin, daß allein die Industriearbeiterschaft im Lager der Sozialisten stünde und die Unternehmer, einschließlich der selbständigen Bauern, im Lager des konservativen Bürgertums, in Österreich also auf Seite der ÖVP. Wie ist es nun zu erklären, daß im Falle der österreichischen Bauernschaft die Entwicklung ganz anders verläuft? Es sind mehrere Gründe dafür ausschlaggebend:

Österreich liegt bekanntlich am Eisernen Vorhang des östlichen Totalitarismus. Wenige Kilometer von Wien, an der nahen ungarischen Grenze, explodieren immer wieder Tretminen zwischen dem mörderischen Stacheldrahtverhau. Im Osten des Landes hat man überdies zehn Jahre lang unter dem Druck und Drangsal der sowjetischen Besatzung gelebt. Als stärkste Widersacher gegen den Kommunismus aber haben sich in Österreich die Sozialisten erwiesen. Der ehemalige sozialistische Innenminister Oskar Helmer hat den Sowjets mutig die Stirn geboten und mit ihm viele andere sozialistische Politiker. Sie haben sich gerade dadurch deren Achtung errungen, was schließlich zur Erlangung der Freiheit beigetragen hat.

Die ÖVP hat indes im Jahre 1947 Geheimverhandlungen mit den Kommunisten geführt, die allerdings ergebnislos blieben. Im Jahre 1950 waren es allein die Sozialisten, die Freiheit und Demokratie des Landes gegen einen gefährlichen kommunistischen Putschversuch verteidigt haben, an ihrer Spitze der damalige Wiener Bürgermeister und spätere Bundespräsident Theodor Körner, und der damalige Bauarbeiterfunktionär und heutige Gewerkschaftsbundpräsident Franz Olah. Bei den kürzlich abgehaltenen Betriebsratswahlen im Erdölgebiet, der einstigen kommunistischen Hochburg, haben auffallend viele ehemalige Kommunisten - ÖVP-Kandidaten gewählt....

Die ÖVP gilt also unter den Bauern als ein unsicherer Kantonist, wenn es um die Sicherung der Freiheit geht. Aber auch in wirtschaftlicher Beziehung tritt die ÖVP nicht für die Interessen der vielen kleinen Bauern ein. Kredite und sonstige Förderungsmittel erhalten in erster Linie die über gute ÖVP-Beziehungen verfügenden Großbauern, und an der Milchpreisstützung nährt sich vor allem die ÖVP-Bürokratie. Im sozialistisch regierten Bundesland Kärnten hingegen wurden zur Erleichterung der Arbeit des Bauern Maschinenleihhöfe errichtet.

In Österreich gibt es heute keinen fühlbaren Gegensatz mehr zwischen Stadt und Land. Die neuen Lebensgewohnheiten, der stärkere Verkehr und der zunehmende Urlauberstrom haben die einstigen Gegensätze zum Verschwinden gebracht. Die Sozialisten haben die Einheit der Arbeiter und Bauern in einem freien Staatswesen weitgehend hergestellt. Dabei spielt auch eine große Rolle die Toleranz der Sozialisten in religiösen Fragen. Während die ÖVP aus der Religion ein politisches Geschäft macht, das auch die in ihrer Mehrheit katholischen Bauern anwidert, zeigt die SPÖ für jedes echte religiöse Bekenntnis und Bedürfnis völlige Aufgeschlossenheit.

Noch vor einigen Jahren pflegte die ÖVP vor Wahlen auf dem Lande Transparente anzuschlagen, auf denen zu lesen stand: "Der Herrgott schaut dir in der Wahlzelle zu!" Die Sozialisten wurden - wenn auch, wie sich zeigte, vergeblich - als Schrittmacher der östlichen Diktatur verleumdeter. Die Bauern von heute sind aber nicht mehr politisch so unreif wie in der Vergangenheit. In immer stärkerem Maße fühlen sie sich mit der Gesamtheit des arbeitenden Volkes verbunden und distanzieren sich demgemäß von jenen, welche die Interessen der Großgrundbesitzer, Industriellen und Großhändler zur einzigen Richtschnur ihres politischen Handelns machen. + + +

Gewissensfreiheit - eine explosive Kraft

Von Bruno Kuster, Genf

Vor über 150 Jahren proklamierte die Französische Revolution den Grundsatz der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Er sprangte damals Staats- und Gesellschaftsordnungen. Aber es wäre ein gewaltiger Irrtum zu glauben, er habe seine explosive Kraft heute eingebüßt. In ihrer "Erklärung der Menschenrechte" entwickelte die UNO die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit weiter und dehnte sie auf den ganzen Erdball aus. Wo auch immer heute Menschen für Gleichberechtigung und Freiheit demonstrieren, berufen sie sich auf die Menschenrechte, die, wenn auch noch nicht in der Form eines juristischen Dokumentes, so doch in den Herzen von Millionen, zu einem universalen Gesetz geworden sind.

Kürzlich nahm nun die UNO-Kommission für Menschenrechte einen Bericht des Inders Aroot Krishnaswami über die Glaubens- und Gewissensfreiheit entgegen, dessen langfristige Auswirkungen kaum zu überschätzen sind. Obwohl die meisten Staaten ihren Bürgern die Glaubensfreiheit zugestehen, zeigt die gewissenhafte und leidenschaftslose Untersuchung aber mit aller Deutlichkeit, dass es wohl kaum ein Land gibt, das sich rühmen könnte, die Gewissensfreiheit in ihrem vollen Umfang tatsächlich allen Bürgern zu gewährleisten, denn "jedermann muss frei sein, sich zu einer Religion oder einer Weltanschauung zu bekennen oder sich in Übereinstimmung mit seinem Gewissen nicht dazu zu bekennen." Niemand darf daran gehindert werden, sein Glaubensbekenntnis zu wechseln.

Die konsequente Anwendung des Grundsatzes der Gewissensfreiheit erfordert also, dass dem Individuum nicht nur das Recht gewährleistet werden muss, einer Kirche anzugehören, sondern auch aus ihr auszutreten und sich allenfalls einer anderen anzuschließen, ohne dass es irgendwelchen Benachteiligungen ausgesetzt wird. Der gleiche Schutz ist auch den nicht-religiösen Bekenntnissen zu gewähren, wie dem Agnostizismus, Freidenkertum, Ateismus und Rationalismus, die unter dem Begriff "Weltanschauungen" der Religion gleichgestellt werden.

Die Verwirklichung dieser Grundsätze ist ohne tiefgreifende gesellschaftliche, oft auch politische Veränderungen undenkbar. Sie ist nur möglich unter gleichzeitiger Anerkennung der Toleranz, die wiederum voraussetzt, dass Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen jeden Monopolanspruch, allein die Wahrheit zu besitzen, aufgeben.

"Das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit ist vielleicht das wertvollste aller Menschenrechte", schreibt A. Krishnaswami, "und heute besteht das stürmische Verlangen, es für jedes Individuum zur Wirklichkeit werden zu lassen." Er hat sechzehn Regeln aufgestellt, deren Einhaltung dieses grundlegende Freiheitsrecht garantieren soll. Die Regierungen wurden eingeladen, sich dazu zu äußern wie auch zur Frage, in welcher Form die sechzehn Regeln als universales Gesetz Anerkennung und ihre Verwirklichung finden sollen.

Der Drang nach individueller Freiheit ist heute so stark, dass es sicher keine weiteren 15 Jahre mehr dauern wird, bis die Glaubens- und Gewissensfreiheit überall zur Tatsache geworden sein wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschaffel